

Bozen 2015-2020

Strategische Ziele für die Stadt

Über uns

Der Unternehmerverband Südtirol vertritt rund 500 industriell organisierte Unternehmen der Provinz Bozen, die über 33.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die Mitgliedsunternehmen generieren 18 Prozent der Beschäftigung, 17 Prozent der Wertschöpfung, 30 Prozent der Steuereinnahmen und 72 Prozent des Exportes im Land.

Der Bezirk Bozen ist – was die Zahl der Unternehmen und deren Beschäftigten betrifft – der größte im Unternehmerverband Südtirol. Insgesamt beschäftigen die rund 150 Unternehmen des Bezirkes über 11.000 Menschen in den unterschiedlichsten Sektoren, die vom metallmechanischen Bereich über die Bauwirtschaft, den IT-Bereich, das Transportwesen und den Großhandel reichen.

Unsere Vision für Bozen

Wir sehen Bozen - ihre Wirtschaft und Gesellschaft - als wesentlichen Bestandteil des gesamten Landes und als Motor für die Entwicklung Südtirols, als eine weltoffene und europäische Stadt, in der sich jeder zu Hause fühlen kann und niemand zurück gelassen wird. Wir sehen Bozen als eine Stadt der Exzellenzen: im Hinblick auf die Lebensqualität, die sie bieten kann, als Plattform des gegenseitigen Austausches und wegen des unternehmerischen und innovativen Geistes der hier angesiedelten Vorzeigebetriebe.

Bozen ist Landeshauptstadt, Herz der öffentlichen Verwaltung, touristisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum. Bozen ist und war aber auch immer schon Industriestadt. Dies macht die Fläche deutlich, auf der sich die Industriezone Bozen Süd erstreckt und die rund ein Viertel der Stadtfläche einnimmt. Auch die Beschäftigungssituation unterstreicht den industriellen Charakter der Stadt, denn ein Viertel der unselbständig Beschäftigten des privaten Sektors arbeiten im verarbeitenden Gewerbe. Und nicht zuletzt beweisen die wirtschaftlichen Zahlen - Wertschöpfung, Exportdaten und Entlohnungen -, dass Bozen eine Industriestadt ist, die Innovation antreibt, hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft und Tor zur restlichen Welt ist.

Die Unternehmen sind für die Stadt von zentraler Bedeutung und gleichzeitig spielt die Stadtverwaltung bei den Unternehmen eine wesentliche Rolle. Unser Vorschlag stellt deshalb eine Herausforderung dar, die es gemeinsam anzugehen gilt. Ziel muss es sein, ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen, das es ermöglicht, unternehmerisch tätig zu sein und dadurch Beschäftigung und Wohlfahrt zu generieren, um zur positiven Entwicklung der Stadt beizutragen.

Die wichtigsten Ziele

Bozen besitzt enormes Potential. Unser Vorschlag soll deshalb als Beitrag zur bestmöglichen Entwicklung der Stadt verstanden werden. Der Vorschlag entstammt keinem Fabelbuch, sondern umfasst eine konkrete Prioritätenliste, die es gemeinsam anzugehen und innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens umzusetzen gilt.

1. Aufwertung der Industriezone Bozen Süd
2. Breitbandversorgung
3. Erreichbarkeit und Infrastrukturen
4. Eine effiziente öffentliche Verwaltung

Aufwertung der Industriezone Bozen Süd

Die Industriezone Bozen Süd erstreckt sich auf rund 250 Hektar, umfasst etwa ein Viertel des gesamten Bozner Stadtgebietes und ist damit eine der strategisch wichtigen Flächen der Stadt. Die Industriezone ist vor allem aber Herz der Beschäftigung und der Produktion: in der Industriezone Bozen Süd sind über 1.800 der insgesamt 12.000 Bozner Unternehmen angesiedelt, 10.000 Menschen finden hier eine Beschäftigung. Dies entspricht rund einem Fünftel aller 55.000 in Bozen beschäftigten Menschen.

- **Urbanistik:** eine Industriezone ist per Definition produktiv. Neuansiedlungen und Erweiterungen von Produktionsbetrieben müssen deshalb gefördert werden, wobei der Schwerpunkt auf innovativen Unternehmen, die hochqualifiziertes Personal beschäftigen, liegen muss. Der neue Technologiepark kann diesbezüglich wichtige Impulse geben.
- Der Wohnbau ist mit dem produzierenden Charakter der Industriezone nicht vereinbar. Denn die unmittelbare Nähe von Wohngebäuden würde zusätzliche Einschränkungen für die Unternehmen bedeuten.
- Der Dienstleistungssektor hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die künftige Entwicklung muss eng mit dem produzierenden Charakter der Industriezone verknüpft werden, um eine bestmögliche und effiziente Nutzung der Fläche zu garantieren.
- **Mobilität:** die Verbindungswege in der Industriezone müssen so gestaltet sein, dass sie ein rasches Fortkommen ermöglichen. Dies betrifft die Straßen, die regelmäßig instand gehalten werden müssen gleichermaßen, wie die Fahrradwege, deren Netz kontinuierlich ausgeweitet werden und auf denen für höchste Sicherheit gesorgt werden muss. Für den Autoverkehr müssen ausreichend Parkplätze zur Verfügung gestellt werden.
- Es gilt, eine gute Anbindung der Industriezone an das öffentliche Verkehrssystem sicherzustellen, wobei besondere Erfordernisse der dort arbeitenden Menschen (etwa Nachtschichten) Beachtung finden müssen.
- **Erscheinungsbild:** Bozen Süd ist das Eingangstor zur Stadt für all jene, die über die Autobahn A22 oder die Mebo nach Bozen reisen. Verschönernde Maßnahmen sollen deshalb das Gebiet lebenswerter machen.

Breitbandversorgung

Eine schnelle Internetverbindung wird immer mehr zur grundlegenden Voraussetzung für wirtschaftliche Tätigkeiten, diesbezüglich gibt es in Südtirol noch genügend Handlungsbedarf. In Südtirol stammen nur 7,8 Prozent der Unternehmensumsätze aus Web-Verkäufen, der europäische Mittelwert liegt hingegen bei 14 Prozent. In Deutschland liegt der Wert bei 16 Prozent, in Großbritannien bei 18 Prozent und in Irland sogar bei 31 Prozent. Die Download-Geschwindigkeit liegt in Italien durchschnittlich bei 8,5 Megabyte pro Sekunde, in Südtirol hingegen nur bei 8,0 Mb/Sekunde. Damit liegt Italien unter den G-8-Staaten an letzter Stelle und im europäischen Vergleich vor Kroatien an vorletzter Stelle. Im weltweiten Vergleich liegt Italien nur an 98. Stelle.

- **Masterplan:** der Gemeinderat hat im März 2015 die Leitlinien für eine schnelle Breitbandverbindung (Masterplan) genehmigt. Diesen gilt es nun durch eine rasche Genehmigung des Durchführungsplanes so schnell wie möglich umzusetzen. Weitere Aufschiebungen treffen Unternehmen und Bürger, aber auch die Stadtgemeinde selbst, da eine rechtzeitige Genehmigung Voraussetzung für die Finanzierung von IT-Infrastrukturen durch die Südtirol Finance AG ist.
- **Flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet:** die Versorgung mit schnellem Internet muss in Bozen, genauso wie im restlichen Südtirol, zunächst in Gewerbegebieten sicher gestellt werden. Denn Unternehmen benötigen im Normalfall eher eine schnelle Internetverbindungen, als private Haushalte. Davon abgesehen ist natürlich eine flächendeckende Versorgung voranzutreiben, um auch jenen Gewerbetreibenden einen schnellen Internetzugang zu bieten, die sich außerhalb der Gewerbegebiete befinden. Nicht zuletzt sollen dank schneller Internetverbindungen die Möglichkeiten neuer Technologien nutzbar gemacht werden (Telearbeit, Informatisierung der Dienstleistungen, etc.).

Erreichbarkeit und Infrastrukturen

Bozen ist aufgrund seiner geografischen Lage, der strategischen Bedeutung und als Landeshauptstadt von Südtirol ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Dies gilt für die Pendler (rund 50.000 Menschen pendeln täglich nach Bozen), den Tourismus (jährlich werden rund 300.000 Ankünfte und 600.000 Übernachtungen gezählt) und den Warentransport. Eine gute Erreichbarkeit ist somit von strategischer Bedeutung und muss Unternehmen und Bürgern gewährleistet werden.

- **Umfahrung von Bozen:** die Umfahrung von Bozen – von der südlichen Zufahrt bis hin zum Hörtenberg – ist notwendig, um die Verkehrssituation in den Griff zu bekommen und die Verkehrsflüsse im Stadtgebiet besser zu regeln. Die Querfinanzierung aus den A22-Mauteinnahmen ist dabei begrüßenswert, doch muss die Bozner Umfahrung unabhängig von der Entscheidung über die Konzessionsvergabe der Autobahn realisiert werden.
- **Flughafen:** die Stadt Bozen, aber auch das Land Südtirol selbst, brauchen einen funktionierenden Regionalflughafen, der gute Verbindungen nach Nord und Süd anbietet. Es ist notwendig, eine klare Entscheidung über die Zukunft dieser Infrastruktur zu treffen, die nicht nur für die Wirtschaft, den Tourismus und die kulturelle Entwicklung der Stadt notwendig ist (man denke an Universitätsdozenten, renommierte Referenten oder talentierte Köpfe, die es nach Südtirol zu holen gilt), sondern auch für die Mobilität der Bürger. Der Flughafensicherheitsplan muss realistisch bewertet werden und Bedürfnisse vorhandener Strukturen berücksichtigen.
- **Bahnhofsareal:** der Bozner Umfahrung muss innerhalb des BBT-Bauprojektes unbedingte Priorität eingeräumt werden – gerade auch in Hinblick auf die künftige urbanistische Entwicklung des Bahnhofsareals. Dieses Projekt bietet für die Stadt größtes Entwicklungspotential.
- **Zusammenarbeit zwischen Privaten und öffentlichen Körperschaften:** bei der Errichtung von Infrastrukturen sowie anderen für die Bürger wichtigen Projekten soll eine größere Einbindung privater Unternehmen möglich sein. Das PPP-Modell stellt ein effizientes Instrument dar, um die Bedürfnisse der Bürger (Qualitätsanspruch), der öffentlichen Verwaltung (Einsparung öffentlicher Gelder) und der Unternehmen (Investitionsmöglichkeiten) zusammen zu führen. Die Seilbahn auf den Ritten ist ein gelungenes Beispiel dafür, dass eine solche Zusammenarbeit bestens funktionieren kann.

Eine effiziente öffentliche Verwaltung

Eine effiziente öffentliche Verwaltung ist Antriebsmotor für den Wettbewerb und wirkt sich unmittelbar auf die Entwicklung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen aus. Jede Maßnahme, die auf Effizienzsteigerung und gleichzeitige Kosteneindämmung der öffentlichen Verwaltung abzielt, wirkt sich auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und der Unternehmen aus, schafft Beschäftigung und steigert die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Dieses Prinzip gilt für alle Ebenen der Verwaltung und somit auch für die Bozner Stadtverwaltung. Eine effiziente öffentliche Verwaltung bedeutet eine Senkung der öffentlichen Kosten, eine Verschlinkung bürokratischer Prozesse, Steuererleichterungen und Abgabensenkungen.

Der Haushalt der Stadt Bozen muss Planungsinstrument einerseits und Kontrollmechanismus andererseits sein. Er muss den vorhandenen Erfordernissen und der künftigen Entwicklung der Stadt angepasst werden, um stets qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu angemessenen Kosten anbieten zu können. Wie bereits mehrmals im Bericht der Rechnungsprüfer der Gemeinde angemahnt, müssen in erster Linie die laufenden Ausgaben reduziert werden. Der Haushaltsvoranschlag des Jahres 2015 weist laufende Ausgaben in Höhe von 187,2 Millionen Euro auf, was einer Steigerung von zehn Prozent gegenüber der Abschlussrechnung des Jahres 2012 entspricht. Insbesondere die Personalkosten sind in den Jahren zwischen 2013 und 2015 um über 4 Prozent auf 49,5 Millionen Euro gestiegen.

Steuerentlastungen sind die beste Förderung für Familien und Unternehmen. Der Unternehmerverband Südtirol lehnt das Gießkannenprinzip ab und begrüßt vielmehr effiziente Maßnahmen, die einfach sind und keine weitere bürokratische Belastung bedeuten. Ganz besonders muss darauf geachtet werden, dass Bürger und Unternehmen in Bozen dieselben Bedingungen vorfinden, wie in den umliegenden Gemeinden Südtirols.

Die Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Die Stadt Bozen hat im Jahr 2013 insgesamt 33,4 Millionen Euro an Steuergeldern eingenommen, während im heurigen Haushaltsvoranschlag 49,0 Millionen Euro ausgewiesen sind.

- **Kommunaler Irpuf-Zuschlag:** in Südtirol erheben nur 12 der insgesamt 116 Gemeinden einen Anteil an der Einkommenssteuer Irpuf. Unter diesen Gemeinden befindet sich auch Bozen. Die Stadt hebt einen Steuersatz in der Höhe von 0,2 Prozent ein, was jährlichen Einnahmen von 3,3 Millionen Euro entspricht. Eine Einsparung von einem Prozent am Gemeindehaushalt würde es ermöglichen, den kommunalen Irpuf-Zuschlag abzuschaffen.
- **GIS:** zahlreiche Südtiroler Gemeinden haben den ordentlichen GIS-Steuersatz in der Höhe von 0,76 Prozent gesenkt. Die Stadtgemeinde Bozen hat hingegen beschlossen, den ordentlichen Steuersatz auf einen Prozent zu erhöhen. Dies bringt jährliche Einnahmen von 43,5 Millionen Euro (die Immobiliensteuer IMU hat im Jahr 2013 Einnahmen in der Höhe von 28,3 Millionen Euro gebracht). Es ist uns durchaus bewusst, dass ein Teil der Steuereinnahmen an den Staat abgeführt werden muss. Doch ersuchen wir die Stadtgemeinde nachdrücklich, sich bei den Steuersätzen am von der Landesgesetzgebung vorgegebenen Minimum zu orientieren, bzw. Erhöhungen des Steuersatzes - wie im Jahr 2014 beschlossen - zu vermeiden.

Bozen stellt seinen Bürgern und Unternehmen Dienste höchster Qualität zur Verfügung. Dieser Qualitätsanspruch muss erhalten und, wenn möglich, gesteigert werden. Dabei muss dem Kostenaspekt besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. So wie die Abgaben, so lasten auch die Tarife deutlich auf Familien und Unternehmen.

- **Energie:** Bozen ist mit 50 Prozent an den Etschwerken und damit mit mindestens 21 Prozent an der neuen Landesenergiegesellschaft beteiligt, die aus der Fusion zwischen Sel AG und AEW AG hervorgehen wird. Damit nimmt die Stadt Bozen eine gewichtige Rolle bei der Festlegung strategischer Ziele der neuen Gesellschaft ein. Die Bemühungen des Gemeinderates von Bozen, die Stromtarife zu Gunsten von Familien und Unternehmen zu reduzieren, sind absolut begrüßenswert. Nach wie vor zahlen Südtirols Unternehmen nämlich rund 30 Prozent mehr an Stromkosten, wie die Konkurrenz in Österreich oder Deutschland. Das bedeutet einen klaren Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen. Das Ziel der neuen Landesenergiegesellschaft darf es nicht sein, die Auszahlungsdividenden der öffentlichen Aktionäre zu steigern, sondern konkurrenzfähige Preise für Unternehmen und Familien zu bieten. Diese Forderung ist auch in einem gemeinsamen vom Unternehmerverband Südtirol und den Gewerkschaftsorganisationen ausgearbeiteten Dokument enthalten.
- **Abfalltarife:** im Jahr 2015 werden die Abgaben für die Müllentsorgung 16,3 Millionen Euro ausmachen, davon stammen 9 Millionen Euro aus Unternehmen. Es ist festzustellen, dass sich die derzeitige Gestaltung der Abfalltarife keineswegs am Verursacherprinzip orientiert. Die flexible Quote von 11,5 Prozent ist nicht ausreichend, um dieses Prinzip der Belohnung von Verbrauchern, die weniger Abfall produzieren, umzusetzen. Davon ausgehend, dass jedes Unternehmen eine eigene Abfalltonne besitzen, dürfte es einfach sein, einen Abfalltarif anzuwenden, der sich an der effektiv produzierten Müllmenge orientiert und nicht an der vorhandenen Fläche. Ein solches Verursacherprinzip würde mehr Gerechtigkeit und Transparenz bedeuten und schlussendlich durch weniger anfallenden Müll der Umwelt zu Gute kommen.

Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung muss durch vereinfachte Vorgänge und Transparenz gekennzeichnet sein. Investitionen und Unternehmenslust der Bürger und Unternehmen dürfen nicht durch komplexe Gesetzeslagen ausgebremst werden. Es reichen wenige, klare Normen als Rahmen, in dem man sich frei bewegen kann. Dies bringt nicht nur Erleichterungen und Einsparungen von Zeit und Ressourcen mit sich, sondern heißt auch, dass Bürgern und Unternehmen mehr Verantwortung übertragen wird. Neue Technologien, etwa im Bereich e-government, sollen für diese Vereinfachung genutzt werden.

- **Verlässlicher Zeitrahmen:** die öffentliche Verwaltung muss verlässliche Zeitrahmen vorgeben. Bei ausstehenden Entscheidungen greift das Prinzip der stillschweigenden Zustimmung.
- **Unternehmerische Freiheit:** „Erlaubt ist, was vom Gesetz nicht ausdrücklich verboten ist“: die Anwendung dieses Prinzips erleichtert unternehmerisches Handeln.
- **Einheitsschalter** für alle Gewerbebetriebe: der Dienst dieses Einheitsschalters muss auf alle unternehmerischen Tätigkeiten ausgedehnt werden.

Bozen, im März 2015